

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 396

24. Oktober 2007

14. Jahrgang

Gegen den Strom schwimmen: kleine und mittlere Unternehmen in Guatemala

Guatemala ist das Land der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Rund 75% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung arbeitet in einer KMU. Trotz ihrer unbestreitbar wichtigen Rolle im sozioökonomischen Gefüge des Landes, ist die Geschichte dieser Unternehmen die Chronik eines permanenten Kampfes ums Überleben und ein Schwimmen gegen den Strom. Der folgende Artikel von Arcadio de la Torre erschien in der August/September-Ausgabe der guatemaltekischen Zeitschrift *Este País*. (www.este-pais.com)

Laut einer sich noch in Bearbeitung befindenden Studie über kleine und mittlere Unternehmen (Mipyme auf Spanisch, KMU auf Deutsch) zu der die Zeitschrift *Este País* zugriff hatte, gehören in Guatemala 96.9% der Unternehmen der Kategorie Kleinst- oder Mikrounternehmen an. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie 1 bis 9 Angestellte haben. 1.75% gehören mit zwischen 10 und 29 Angestellten zu den Kleinunternehmen, 0.85% sind Unternehmen mittlerer Grösse mit 30 bis 99 Angestellten. Im Vergleich zu Europa, wo gemäss Empfehlungen der EU-Kommission erst Unternehmen mit mehr als 250 Arbeitnehmenden als Grossunternehmen gelten, sind sie es offenbar in Guatemala bereits mit 100 und mehr Angestellten. Diese machen 0.5% aller Unternehmen aus und zu ihnen gehören auch die 102 Firmen, die mehr als 1'000 Angestellte zählen. Die Spitze bilden 10 Firmen, die je mehr als 6'000 MitarbeiterInnen haben. Dazu gehören u.a. die Warenhäuser von Paiz/Wal Mart, die Fastfoodkette Pollo Campero, das Telefonunternehmen TELGUA, die Banco Industrial, die Zuckerraffinerien La Unión und Pantaleón etc.

Diese etwas mehr als Hundert Grossunternehmen üben eine grosse politische und wirtschaftliche Macht aus, gegen die die KMU einen schweren Stand haben, so das Resümee der Studie. Es ist schwierig für sie, gegen die grossen Unternehmen wettbewerbsfähig zu sein bzw. überhaupt einen Marktzugang zu bekommen. Die Unterschiede zeigen sich auf allen Ebenen, begonnen beim investierten Kapital, bei der angewendeten Technologie, die wiederum Einfluss auf die Produktionsmenge hat, bis hin zum Know-how sowohl der Führungskräfte wie auch der Angestellten.

KMU, die überleben können und sich erfolgreich in den Markt einfügen konnten, machten dies, indem sie sich als Zulieferer (outsourcing) oder im Bereich der Logistik in die Produktionskette der Grossunternehmen eingeschleust haben.

Obwohl die kleinen und mittleren Unternehmen das Gros der ökonomisch aktiven Bevölkerung absorbieren, betont die Studie, dass ihr Anteil am Reichtum und Gewinn einen ungleichen Bruchteil ausmacht.

Laut der Ergebnisse des neuen *Systems der nationalen Konten* mit dem Jahr 2001 als Ausgangsbasis, ergibt sich anhand des Bruttogewinnüberschusses, dass die mittleren und

grossen Unternehmen, die mit 10,225 Firmen gerade einmal 1.35% aller Unternehmen ausmachen, 39.1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) generieren, währenddessen die informellen Unternehmen, also kleinste und kleine mit gemischten Einnahmen zu 20.9% und die Lohnarbeitenden mit 32% zum nationalen Einkommen beitragen.

Die grossen Unternehmen kontrollieren die wichtigen wirtschaftlichen Sektoren und mangels eines angemessenen Regelwerks erlegen sie den KMU mit ihren monopolistischen Praxen unnötige Barrieren auf, die diesen das Geschäft verteuern und den Zugang zum Markt verwehren, zitiert die Studie eine Untersuchung der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Cepal).

Die Informalität, mehr als ein Stigma

Eines der Hauptmerkmale der Kleinst- und Kleinunternehmen ist, dass sie in ihrer Mehrheit im so genannten informellen Sektor tätig sind. In einer im Jahr 2006 vom Institut Freiheit und Demokratie (ILD) für die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) durchgeführten Untersuchung müssen in Guatemala 708'227 Unternehmen (92%) als aussergesetzlich oder informell klassifiziert werden, da sie ihre Angestellten nicht bei der Sozialversicherung angemeldet haben und/oder weil sie keine Buchhaltung führen. Diese Unternehmen verfügen auch über Organisationsformen, die es nicht zulassen, ihre Guthaben vor den Gläubigern zu schützen. Sie dürfen auch keine Verträge abschliessen, haben keinen Zugang zu Informationen über andere Unternehmen und können nicht auf die institutionalisierten Konfliktlösungsstellen für Unternehmens- und Wirtschaftsbelange zurückgreifen.

Das ILD fügt an, dass der grösste Teil dieser informellen Unternehmen sich nicht auf staatliche Ausschreibungen bewerben dürfen – im Gegensatz zu den mittleren und grossen Firmen, die so einen Teil der öffentlichen Gelder einstreichen können. Der durchschnittliche Betrag der Aktivposten eines Mikrounternehmens liegt bei ca. 3'500 US-\$. Dieses Kapital reicht nicht, um rentable Aktivitäten

zu entwickeln, sondern in den meisten Fällen bloss zur Subsistenz (was aber gemäss feministischen Ökonominnen noch lange kein Grund für Armut sein muss, Anm. der Übersetzerin).

Zusammengezählt betragen laut ILD die zusammengezählten Aktivposten der sog. aussergesetzlichen Unternehmen weniger als diejenigen der Holding Multi-Inversiones, die im Besitz der Familie Gutiérrez-Bosch ist, eine der grossen Unternehmensfamilien Guatemalas.

„Wichtiger als das Bewusstwerden über die Existenz, die Präsenz und das Ausmass der informellen Ökonomie, muss man sich darüber im Klaren werden, welche Rolle sie in der Gesellschaft spielt. Im heutigen Guatemala ist sie allgegenwärtig und wenn wir sie nicht beachten, können wir auch keine gültige Analyse über unser Land machen“, akzeptierte kürzlich die Zeitschrift der *Vereinigung guatemaltekischer Geschäftsführer* (AGG). Gemäss AGG ist es nötig,

das Thema zu entmystifizieren. Die Debatte auf „formal“ versus „informal“ zu verkürzen, hilft laut einem Artikel in der AGG-Ausgabe von Oktober 2006 überhaupt nicht, um die Dynamik der Informalität zu begreifen. In der realen Welt vermengen sich die Informalität und die Formalität dauernd. Die Organisation gibt denn auch zu, dass es etablierte Strukturen für die Zusammenarbeit der formalen und informellen Unternehmen gibt. Es heisst dazu: „Ein grosser Teil der Nachfrage des Marktes deckt sich aus Gütern und Dienstleistungen aus informeller Produktion“. Und gibt offen zu, dass ein nicht kleiner Teil der formalen Ökonomie „gravierende Probleme hätte, wenn es nicht den informellen, unabhängigen Sektor gäbe“.

Barometer der Wirtschaft

In einem Wahljahr fallen die Vorausagen über die wirtschaftliche Entwicklung seitens der Unternehmen vorsich-

tig bis düster aus. In der 33. Unternehmensumfrage, die im letzten Mai von der *Vereinigung für soziale Studien und Untersuchungen* (ASIES) durchgeführt wurde, zeigten sich die meisten befragten DirektorInnen oder UnternehmensbesitzerInnen pessimistisch über die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung der kommenden sechs Monate.

Trotz der widrigen Umstände unter denen sie arbeiten, waren es die Mikro- und Kleinunternehmen, die noch eher eine Spur Optimismus zeigten. 41% der befragten Mikro- und 37% der Kleinunternehmen sagten eine Verschlechterung der Situation vorher, gegenüber 42% der Grossunternehmen, die schwere Zeiten auf sich zukommen sahen.

Im Gegensatz dazu schätzten aber 74% der Grossunternehmen, dass ihre Produktion ansteigen werde. Bei den Kleinunternehmen wagten in dieser Beziehung bloss 64% der Befragten eine positive Prognose.

Revolution von 1944 – ein kontinentaler Hoffnungsschimmer

Guatemala, 20. Okt. „Vor etwas mehr als 50 Jahren stellte das Guatemala der aufeinander folgenden zivilen Präsidenten Juan José Arévalo und Jacobo Arbenz einen Hoffnungsschimmer für den ganzen Kontinent dar und sein revolutionäres Beispiel der wirtschaftlichen Befreiung galt von Südamerika aus als ungewöhnliche Perspektive“, so vergleicht die *Lateinamerikanische Fakultät für Sozialwissenschaften* (FLACSO) den aktuellen politischen Kontext mit der Zeit des demokratischen Frühlings, der mit dem 20. Oktober 1944 eingeläutet worden war. Die derzeitige Wahlkampagne in Guatemala würde dagegen im Süden des Kontinents kaum wahrgenommen, stellt die FLACSO in ihrer Zeitschrift „diálogo“ fest.

Am diesjährigen 20. Oktober marschierten tausende GuatemaltekinInnen zum Gedenken an die Revolution von 1944 und forderten die beiden Präsidentschaftskandidaten auf, während der kommenden Regierungszeit gemäss den damals für das Land aufgestellten Geboten zu regieren, wo die Meinungsfreiheit vorherrsche und niemand Angst hatte, auf die Strasse zu gehen.

Die Teilnehmenden an der Demonstration manifestierten ihre Ansicht, dass die „harte Hand“ eine „Völkermordende Hand“ sei – womit sie sich auf die Wahlkampagne des Kandidaten der *Patriotischen Partei* (PP) Otto Pérez Molina bezogen, der der herrschenden Kriminalität eben mit „harter Hand“ begegnen will, genauso wie allen anderen Problemen, beispielsweise der Armut.

Die DemonstrantInnen unterstrichen, dass sie sich eine Regierung wünschen, die ihre Prioritäten setzt auf den Respekt der Arbeitsrechte, auf würdige Arbeitsmöglichkeiten, die Gleichstellung der Geschlechter, sowie die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Entwicklung der schwächsten Sektoren.

SeniorInnen, die AugenzeuginInnen der Revolution gewesen waren, trugen Plakate mit dem Bild von Juan José Arévalo hoch, dem ersten Präsidenten nach dem Sturz von Diktator General Jorge Ubico. Während Arévalos Amtszeit kam es bereits zu zahlreichen positiven Entwicklungen im sozialen, aber auch politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich. Diese führten u. a. zur Gründung des Sozialversicherungsinstituts (IGSS), der Einführung des Arbeitskodexes sowie der Hochschulausbildung.

Unter Jacobo Arbenz Guzmán wurden die eingeschlagenen Wege vertieft, die Landstrasse in Richtung Atlantik gebaut ebenso wie das Wasserkraftwerk Jurún Marinalá und der Hafen Santo Tomás de Castilla. Wesentlich an dieser Zeit war die Förderung der Agrarreform.

Während die Revolution von 1944 in Guatemala als Referenz für die linken Bewegungen in Südamerika gestanden habe, gelte das Land heutzutage als gewalttätig und ein guter Teil der politischen Klasse als korrupt. Als Krönung und, was gar nicht zu dem Erfolg der Linken in Südamerika passen wolle, sei die guatemaltekische Linke völlig zersplittert und folglich von äusserst geringem Wahlgewicht, schreibt die FLACSO wei-

ter.

Dabei wird im *diálogo* unterstrichen, dass, ein halbes Jahrhundert später und sich auf die Dokumentation der am Sturz von Arbenz beteiligten US-amerikanischen CIA Bezug nehmend, die Hypothese mehr und mehr gewinnt, die damalige guatemaltekische Problem sei nicht der vermeintliche Kommunismus gewesen, sondern der Nationalismus, den das Land mit Erfolg und Stolz so nah an den USA zur Schau stellte.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Das Militärtagebuch ist Anklageschrift

Guatemala, 12. Okt. Die *Myrna Mack-Stiftung* hat heute gemeinsam mit Angehörigen von insgesamt 27 Opfern von Folter, aussergerichtlicher Hinrichtung und erzwungenem Verschwinden zwischen 1983 und 1985 vor der *Inter-amerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH) im US-amerikanischen Washington vorgesprochen. Die Verbrechen sind dokumentiert in dem 1999 an die Öffentlichkeit gekommenen „Militärtagebuch“, Operationsdokument des militärischen Geheimdienstes.

In einem Kommuniqué erklärt die Stiftung als Sinn der Audienz die Wiederholung der wichtigsten Anklagepunkte gegen den guatemalteckischen Staat wegen dessen internationaler Verantwortung für mindestens acht verschiedene Verbrechenarten gegen die Menschenrechte. Diese Klage war bereits im November 2005 eingereicht worden.

Zwei Frauen, die eine Schwester und die andere Mutter je eines Opfers der Militärapparate und des Geheimdienstes, legten Zeugnis über die Geschehnisse ab in Repräsentanz für die weiteren Familienangehörigen, die die Klage stützen.

Begleitet von der Stiftungsleiterin Helen Mack, die gleichzeitig als Hauptantragstellerin vor der Kommission auftritt, unterstrichen die Klageführenden besonders die von ihnen erlebte Verweigerung von Rechtsprechung, hatten nicht nur die zur Zeit der Verbrechen zuständigen Staatsorgane nichts in Bezug auf die entsprechend eingereichten Anzeigen getan. Sondern trotz der 1999 nach Veröffentlichung des Militärtage-

buchs wiederholten Klagen hat die Staatsanwaltschaft bis heute noch keinerlei eigenständige Ermittlungen aufgenommen, die zur Aufklärung der Verbrechen, zur Verurteilung der intellektuellen wie materiellen Täter, sowie zur Lokalisierung der sterblichen Überreste derjenigen führen könnten, die vermutlich aussergerichtlich hingerichtet wurden, Verbrechen, die vom Staat selbst in jenem Tagebuch dokumentiert sind.

Wiedersehen nach 25 Jahren

Huehuetenango, 16. Okt. Jacinto Cobos Raymundo erinnert sich daran, dass seine Schwester Teresa sieben Jahre alt war, als Soldaten und Zivilpatrouillen am 27. Juli 1982 in das Dorf Peña de Oro, im Munizip Nebaj, Quiché, drangen, seine beiden Eltern umbrachten und Teresa mitnahmen. Vor sechs Monaten erst wurde herausgefunden, dass sich die Schwester in der Gemeinde Patio Bolas, Chiantla, im Departement Huehuetenango aufhält. Dies gelang mit Hilfe der Organisation Nationale Liga für psychische Gesundheit, die auch die Beteiligten auf das gegenseitige Wiederse-

hen vorbereiteten, das dieser Tage in Patio Bolas stattfand. 25 Jahre lang hatte Jacinto in Angst und Sorge um die Schwester gelebt. Teresa Cobos selbst war froh und dankbar über das Wiedersehen mit ihren Geschwistern. Sie hatte sich bloss noch an die Namen der Eltern und an zwei der Brüder erinnert.

Auch Mariano Castañeda von der *Liga* zeigte sich zufrieden über den glücklichen Abschluss der Suche. Bei 36 Ermittlungen hat die Liga bereits zu einer erfolgreichen Zusammenführung beigetragen. 96 Fälle werden derzeit noch bearbeitet.

Militärrekrutierung in Quiché und in Mexiko

Guatemala, 16. Okt. Seit Anfang des Monats waren sie dreimal in Ilom, einer Gemeinde im Munizip San Gaspar Chajul, im Departement Quiché, eine Region – Ixil – die besonders vom internen bewaffneten Konflikt betroffen war. Morgens um neun trafen zwölf uniformierte und bewaffnete Soldaten im Ort ein, teilten sich in zwei Gruppen auf und gingen von Haus zu Haus auf der Suche nach jungen Männern.

Im Beisein von verängstigten Frauen und Kindern boten die Militärs Sold und Luxusgüter feil, um die Jugendlichen zum für den Dienst an der Waffe zu überreden. Am ersten Tag putzten sie sieben Stunden Klinken und zogen jeweils mit einigen jungen Männern fort, ohne dass die Familien wussten, wohin sie gingen. Am dritten Tag kamen sie mit zwei Jungs zurück, einer war wohl Minderjährig und der andere hatte physische Probleme.

Die *Vereinigung für Justiz und Wiederversöhnung* (AJR) und das Menschenrechtszentrum CALDH kritisierten die Rekrutierungsaktion in Ilom scharf. Antonio Caba von der AJR bezeichnete das militärische Eindringen in diese Gemeinde als zu verurteilende Einschüchterung der Bevölkerung, von der die Mehrheit Überlebende des begangenen Völkermordes seien und die Verbrechen, die das Militär während des Konflikts

gegen sie verübt hat schmerzlich erinnerten. Die Direktorin von CALDH, Edda Gaviola, erläuterte, dass der besondere Schweregrad der Rekrutierungsmaßnahme just in diesem Ort dadurch unterstrichen wird, dass Antonio Caba, der in Ilom lebt, jene Organisation leitet, die als Nebenklägerin im Völkermordprozess gegen fünf hohe Militärs und zwei zivile Funktionäre auftritt. In dessen Rahmen wird derzeit um den Zugang zu Informationen und der Deklassifizierung von Militärdokumenten gerungen, die sich auf die Operationspläne beziehen, die vom Militär 1982 in der Ixil-Region ausgeführt worden waren.

Demgegenüber suchen junge Männer aus Zentralamerika Mittel und Wege, in die mexikanische Armee einzutreten. Diese fährt seit einiger Zeit im Süden des Landes eine permanente Rekrutierungskampagne. Im Zentralpark von Tapachula, Chiapas, suchen zahlreiche Jugendliche, darunter einige Guatemalteken, die aufgestellten Militärposten auf, die mit Schildern dazu einladen dem „Vaterland“ zu dienen. Auf die Frage, wie denn nicht-mexikanische Personen sich vom mexikanischen Militär anwerben lassen können, bekam der Journalist der Nachrichtenagentur *Cerigua* die lapidare Antwort, es gäbe verschiedene Formen, es zu schaffen“, eine davon ist, sich mexikanische Identitätspapiere zu besorgen.

Und warum sie gerade der mexikanischen Armee dienen wollten und nicht der des Heimatlandes, antworten die Jungen, dass sie nicht mehr zurück wollten, weil sie in Mexiko aufgewachsen seien und sich bessere Zukunftschancen beim hiesigen Militär ausrechnen. „In Guatemala gibt es keine Arbeit, und da ich schon seit acht Jahren hier in Tapachula bin, glaube ich, es ist besser hier zu bleiben. Und wenn ich meine Papiere bekomme, werde ich in dieser Armee Karriere machen“, antwortet ein junger Mann, der ursprünglich aus Huehuetenango kommt.

An die Dokumente zu kommen ist wohl nicht einfach, aber auch nicht unmöglich, wie Cerigua herausfand, als der Korrespondent von einer Person ohne Papiere zu einem derjenigen geschickt wurde, die sich der „Vermittlung“ von jeglicher Art von „Papieren“ kümmert, gegen eine gute Summe an mexikanischen Pesos.

Einige interviewte ZentralamerikanerInnen, die sich in Tapachula aufhalten und nicht ihr ursprüngliches Ziel, die USA, erreicht haben, bestätigen, dass „sich die Dinge vereinfachen“, solange das Geld da ist, um für die Papiere zu zahlen. Doch das Risiko ist bekannt, einige Jugendliche sind geschnappt worden und sofort in ihr Herkunftsland deportiert worden.

Thema Sicherheit: Eine Bestandsaufnahme

Guatemala 18. Okt. „Guatemala befindet sich derzeit in einer seiner schwersten Krisen was Sicherheit und Justiz betrifft, mit schwerwiegenden Beschuldigungen gegen die Autoritäten wegen aussergerichtlicher Hinrichtungen, mit den schlimmsten Jahren institutioneller Gewalt, mit 19'000 gewaltsamer Todesfälle während der aktuellen Amtszeit der Regierung und einem Durchschnitt von 17 Morden am Tag, die die höchsten Raten von Morden an Frauen, Jungen und Mädchen in ganz Lateinamerika umfassen.“ So beschreibt Sandino Asturias Valenzuela vom *Zentrum für Strategische und Sicherheitsstudien* CEESC-CEG die Lage der Nation in der politischen Beilage der Tageszeitung *La Hora*. 90% der Morde würden demnach mit Schusswaffen verübt und, gemäss der Staatsanwaltschaft, blieben 98,7% der Verbrechen völlig ungestraft.

Gleichzeitig weist Asturias darauf hin, dass die indirekte Privatisierung der Sicherheit sich festigt und das Geschäft mit der Gewalt boomt. Allein 2006 wurden etwa 50 Mio. Stück Munition legal verkauft. Jedoch von den 150'000 Angestellten der privaten Sicherheitsfirmen haben gerade einmal 30'000 ihre Waffen in der entsprechenden, immer noch dem Militär unterstehenden Behörde DE-CAM registriert, die Hälfte dieser Firmen funktioniert ohnehin illegal.

Kurz vor der zweiten Wahlrunde um die Präsidentschaft erörtert Asturias den politischen Willen angesichts dieser Situation anhand der eingeführten Massnahmen, wie die wenig effektive Militarisierung der öffentlichen Sicherheit, aber auch der im Kongress verabschiedeten Gesetze, die zum Grossteil aufgrund der fehlenden Ressourcen dennoch auf der Strecke geblieben sind. Danach sind gebilligt und im Prinzip gültig, das Gesetz zur Schaffung des Zivilen Geheimdienst als Abteilung des Innenministeriums, das viel diskutierte Gesetz gegen das organisierte Verbrechen, das die als solches geltenden Delikte definiert, das Gesetz des Autonomen forensischen Instituts, deren Leiterin vor kurzem ernannt wurde, das Gesetz zum Gefängniswesen, dass die Kontrolle der Haftanstalten eindeutig dem Staat zuweist und dem Aspekt der Rehabilitation neues Gewicht verleiht. Und schliesslich ist das Gesetz verabschiedet, dass die *Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) ins Leben ruft.

Dagegen steht noch eine Reihe von Gesetzen aus, die seit Jahren diskutiert und analysiert werden und deren Verzögerung Asturias mit dem Schutz der Geschäfte mit der Gewalt erklärt. Zu nennen sind das Gesetz des Nationalen Si-

cherheitssystems, das neben dem System auch einen Sicherheitsrat vorsieht, das Gesetz zu den Privaten Sicherheitsfirmen, zur Kontrolle von Waffen und Munition, das Geheimdienstgesetz, das ein entsprechendes Nationales System schaffen soll, das Gesetz zum Zugang von Information von staatlichem Vorbehalt und deren Bearbeitung sowie die Reformen des Gesetzes der öffentlichen Ordnung, dessen Stand auf die Zeit während des Konflikts zurückdatiert ist.

Tatsächlich scheint das Interesse der ParlamentarierInnen nicht allzu gross zu sein, hört man die Kommentare in Bezug auf das Waffengesetz. So meint der vertretende Fraktionschef der aktuellen Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN) Jaime Martínez Lohayza: „Es gibt einige Gesetze, von denen es sein könnte, dass sie nicht mehr gebilligt werden, aber vielleicht können wir noch Vereinbarungen suchen.“ Der Generalsekretär der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) hat derweil klar, dass der „November dafür genutzt werden muss, den Haushalt für das nächste Jahr zu verabschieden“. Mitte Dezember fängt die parlamentarische Weihnachtspause an und am 14. Januar tritt der nächste Präsident sein Amt an.

Für die konkrete Verbesserung der Sicherheit ist nun ein Vorschlag auf Grundlage einer Untersuchung des *Instituts für vergleichende Strafwissenschaften* (ICCPG), der *Organisation Sicherheit in Demokratie* (SEDEM) und dem *Zentrum für forensische Analyse und Angewandete Wissenschaften* (CALCA) eingereicht worden. Gemäss deren Schlussfolgerung ist die Schaffung einer ganz neuen Kriminalpolizei unerlässlich.

In der Studie wurden verschiedene Länder in Sachen Polizeistruktur verglichen: Guatemala, El Salvador, Costa Rica, Panama und Venezuela. In Guatemala und El Salvador vereint die Polizei die Funktionen der Prävention und Ermittlung von Verbrechen. In Costa Rica obliegt die Ermittlung dem Justizwesen, in Panama untersteht der Investigationsbereich der Staatsanwaltschaft und in Chile und Venezuela ist die Polizei ein Spezialkörper und hängt von der Exekutive ab. Letztere Variante resultiert laut Statistiken als erfolgreichste. Dabei verblüfft schon der zahlenmässige Vergleich: So kommen in Guatemala 5 ErmittlerInnen auf 100'000 EinwohnerInnen, dagegen 14 in El Salvador, 19 in Costa Rica und 24 Chile. Die Untersuchung streicht zudem die Bedeutung heraus, die einer speziellen Ausbildung der Staatsanwälte zukommt sowie Reformen des Strafprozesskodices. In Guatemala ist zudem nicht nur die Verteilung der Anlaufstellen völlig unzureichend.

Zwar hat die Staatsanwaltschaft eine lokale Repräsentanz in den 22 Departements, ist aber nur in 35 von (bald) 333 Munizipien präsent; 67% der Kräfte der aktuellen Kriminalpolizei (DINC) ist in der Hauptstadt konzentriert. Während die Kommunikation zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft per amtlicher Mitteilung im Schnitt eine Woche braucht, zählen zu den gewöhnlichen Fehlhandlungen bei den Ermittlungen von Verbrechen die unzureichende und fehlerhafte Bearbeitung des Tatortes, die Verzögerung von forensischen Berichten, die zudem unvollständig sind, das Fehlen von Handlungsprotokollen, eine mangelhafte Verwehrpraxis und die unnötige Wiederholung der Befragung von ZeugInnen und Angehörigen. Die von Sandino Asturias genannte Quote der Verbrechensaufklärung ist unter diesen Umständen wenig verwunderlich.

Nummer 333

Alta Verapaz, 12. Okt. Der Kongress ist dabei, der Gründung des Verwaltungsbezirks Numero 333 des Landes grünes Licht zu geben. Mit der erfolgreich passierten ersten Lesung im Kongress nähert sich das zukünftige Munizip Raxruhá im Departement Alta Verapaz langsam aber sicher seiner veraltungstechnischen Trennung zum grösseren Teil vom Munizip Chisec, zu einem geringeren vom Munizip Fray Bartolomé de las Casas, im Gebiet der *Franja Transversal del Norte* (FTN) gelegen.

Die Bevölkerung kämpft seit 20 Jahren für die „Beförderung“ dieser Region, doch erst jetzt ist die Gesetzesinitiative von der Regierungskommission des Kongresses abgesehen worden.

Laut Artikel 28 des Munizipalkodices bedarf es zur Neugründung eines Munizips mindestens 10'000 EinwohnerInnen, die Möglichkeit, das Gebiet so einzugrenzen, dass diverse Bedürfnisse der Bevölkerung langfristig befriedigt und die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung auf Dauer erlaubt sind. Zudem müssen innerhalb des geschaffenen Bezirks ausreichend natürliche wie finanzielle Ressourcen vorhanden sein, damit die von der Bevölkerung benötigten öffentlichen Leistungen garantiert sind, ohne dem Munizip zu schaden, von dem das neue abgetrennt wird.

Das Munizip Raxruhá wird auch nach seiner Verselbständigung zum Departement Alta Verapaz gehören, in dem erst vor acht Jahren Santa Catalina La Tinta und im Jahr 1980 Fray Bartolomé de las Casas der Status eines eigenständigen Munizips verliehen wurden. Mit Raxruhá wird es in diesem Departement nun 17 Verwaltungsbezirke geben.

Frauen brechen Dialog mit der Regierung ab

Guatemala, 20. Okt. Die sechs Frauenorganisationen, die das *Nationale Komitee für die Aktualisierung des Präsidialen Frauensekretariats* (SEPREM) bilden, haben sich aufgrund der „unversöhnlichen“ Differenzen aus einem Dialogprozess mit der derzeitigen SEPREM-Chefin Gabriela Núñez zurückgezogen. Der Prozess der Aktualisierung der Frauenpolitik gilt als unerlässlich, um die nächste Regierung dazu zu verpflichten, mit der Förderung der Geschlechtergleichstellung fortzufahren, da das offizielle *Gender-Programm* eigentlich 2006 abgelaufen ist.

Doch offenbar hatten sich die Fronten in dem Dialog zwischen Organisationen und SEPREM bereits verhärtet, was zur Verzögerung des Politikentwurfs geführt hat, zu dessen Absicherung es einer Regierungsvereinbarung bedarf.

Die Vertreterinnen der zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen erklären ihren Rückzug damit, dass „das einzige Interesse der SEPREM darin (besteht), von den Beiträgen der Teilnehmerinnen zu profitieren, damit es danach aussähe, als ob die Regierungspartei tatsächlich irgendwelche Massnahmen zugunsten der Frauen auf nationaler wie

internationaler Ebene vorangetrieben hätte.“

Marta Godínez vom *Netzwerk Keine Gewalt gegen Frauen* berichtete zudem: „Die Sekretärin hat alles daran gesetzt, die Frauenorganisationen gegeneinander aufzuhetzen und hat den Ruf unserer Führungsfrauen in den Schmutz gezogen“. Überdies sei ihnen der Zugang zu Information und die Kommunikation zu Organisationen der Internationalen Zusammenarbeit verweigert worden.

Zu den Gabriela Núñez in Frage stellenden Organisationen gehören der *Frauensektor*, das genannte *Netzwerk Keine Gewalt gegen Frauen*, das *Comité Beijing*, die *Politische Agenda Frauen in der Vielfalt*, das *Netzwerk Frauen für den Friedensaufbau* und der *Nationale Rat der Kooperativen-Frauen*.

Núñez ihrerseits versicherte, die Organisationen hätten die ganze Zeit in der Oppositionsrolle verharrt, deswegen sei man weder zu Vereinbarungen noch zum Fortschritt in der Aktualisierung der Staatspolitik gekommen. Ferner seien die teilnehmenden Organisationen schliesslich nicht die einzigen, die die Frauen

vertreten würden, sie seien zudem intolerant gegenüber anderen Gruppen und würden diesen vorwerfen, der Regierung nahe zu stehen, nur weil sie ihre Meinung sagen, meint die Frauensekretärin.

Unterdessen legte Nineth Montenegro, Abgeordnete für die Partei *Encuentro por Guatemala* und Vorsitzende der Frauenkommission im Kongress, dieser Tage die diesjährig dritte Analyse der gewaltsamen Tode von Frauen vor, die wieder einmal alarmierende Daten hervorbringt. Demnach wurden bis September insgesamt 4'213 Personen umgebracht, 429 davon waren Frauen und von diesen wiederum waren 56 noch keine 18 Jahre. Nichts hat sich an dem Phänomen geändert, dass der Grossteil der Frauen vor ihrem Tod vergewaltigt worden sind. Auch die Zahl der ermordeten Jugendlichen von 689 insgesamt unterstreicht die masslos herrschende Gewalt im Land. Und wieder imponieren die unterschiedlichen Angaben je nach Quelle, so stammten die Daten im entsprechenden Artikel im letzten ¡Fijáte! von der *Nationalen Zivilpolizei* und zählten von Januar bis Anfang Oktober 377 ermordete Frauen.

Guatemala auf der Leinwand und auf der Bühne

Guatemala, 13. Okt. Der guatemaltekische Filmschaffende Julio Hernández gewann mit seinem neuesten Werk „Gasolina“ drei der fünf Preise des diesjährigen Filmfestivals „Kino in Konstruktion“, das im Rahmen des 55. Internationalen Filmfestivals von San Sebastian, Spanien, durchgeführt wurde. Nebst der internationalen Anerkennung versprochen die Mitglieder der Jury, dem Film hierzulande Zugang in die Kinos zu verschaffen.

Der preisgekrönte Film handelt von drei Jugendlichen, Gerardo, Nano und Raymundo, die Benzin klauen, um nächtliche Spritzfahrten in einem Auto zu unternehmen. Nano und Raymundo sind zukünftige Schwager und in dieser einen Nacht streiten sie sich wegen der ungewollten Schwangerschaft von Nanos Schwester. Nano kommt in eine Zwickmühle, einerseits schmerzt ihn die Situation seiner Schwester, auf der anderen ist seine Freundschaft zu Raymundo, der in derselben Nacht vom Vater seiner Freundin und ebenfalls Vater von Nano verfolgt und verprügelt wird. Reibungen, die in einem Autounfall enden und dazu führen, dass die drei Freunde ein Verbrechen begehen.

Es handelt sich bei „Gasolina“ um

eine Geschichte, in der die Protagonisten ziellos herumreisen und in der jeder Zwischenhalt ein Zusammenprall mit der Realität ist, die die Freundschaft der drei auf die Probe stellt. Eine Freundschaft mit kamikazischen Zügen zwischen Heranwachsenden, die ein schmaler Grat zwischen Verrat, Verzweiflung und Solidarität ist. Es ist aber auch eine intime Geschichte, in der zwischen den Extremen und Polaritäten immer wieder kleine Momente der Ehrlichkeit und Angst aufblitzen, Momente, die eine Jugend bestimmen, ein Land und seine Zukunft visualisieren.

Das Geld für die Produktion des Filmes kam zusammen, indem 21 guatemaltekische KünstlerInnen ihre Werke für eine Versteigerung zur Verfügung stellten. Entsprechend gelegen kommt dem Produzenten wohl auch als Teil des gewonnenen Preises die Summe von 10'000 Euro für die Nachbereitung des Films.

Etwa im Alter der Protagonisten in Hernández Film ist der neue Jungstar Guatemalas und das „Idol von Lateinamerika“, Carlos Peña. Der 19-jährige gewann Ende September den Schlagerwettbewerb *Latin American Idol* des

Unterhaltungskanals von Sony und erreichte somit wohl Guatemala-intern mehr Popularität als die Kandidaten der Präsidentschaftswahl. So hiess es denn in einem der unzähligen Web-Blogs über Carlos: „Carlos Peña ist der Gewinner! Der Präsident von Guatemala wird einen nationalen Feiertag ausrufen! Was sag ich Feiertag! Der Präsident soll abtreten und sein Amt an Carlos übergeben!“

Guatemala ist im Idol-Taumel: Massen von Menschen säumten die Strassen vom Flughafen zum Parque Central, wo der „Held“ am Tag seiner Rückkehr vom Präsidenten und vom Bürgermeister Alvaro Arzú je eine Orden überreicht bekam. Als das Vorbild „unserer“ Jugend, der seinen Ruhm aus eigener Kraft und ohne einen Rappen Steuergelder zu verschleudern, erhalten hat, wird der Jungstar vom *Prensa Libre*-Kolumnisten Luis Figueroa gefeiert. Was Figueroa nicht erwähnt ist, dass Carlitos den Wettbewerb nur gewonnen hat, weil zig Tausende von jüngeren und älteren Fans ihn durch das Senden einer SMS von ihren Mobiltelefonen „gewählt“ haben. Eine solche SMS hat 1 US-\$ gekostet – wer mit einem US-\$ am Tag leben muss, gilt als arm - in Guatemala sind dies rund 60% der Bevölkerung.

¡Híjole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Über Idole und Gelächter

In Guatemala haben wir jetzt ein Idol von lateinamerikaweiter Bedeutung, obwohl, das dann schon, es auf Englisch ernannt wurde. „Unser“ *Latin American Idol* (regionalisierte Version des US-amerikanischen TV-Pop-Star-Wettbewerbs, siehe auch sep. Artikel, die Red.) trägt einen Rosenkranz um den Hals, redet leichthin über Gott und heisst Carlos Peña. Der Präsident der Republik, der Bürgermeister der Hauptstadt und andere illustre Persönlichkeiten haben ihn mit den Ehren eines nationalen Helden empfangen und ihn zum Vorbild für die Jugend deklariert, ein Verbindungsglied für die GuatemaltekinInnen „in Richtung auf ein sicheres Ziel“.... Carlos Peña hat die Schule vor dem Abitur abgebrochen, um sich dem Nationalheld-Sein ganz widmen zu können.

Wenn ich ihn so betrachte, gehen mir die Gesichter der Hunderte von indigenen Mädchen und Jungen nicht aus dem Kopf, die in meinem Wohnort die weiterführende Schule besuchen und dafür grosse Opfer bringen; sie gehen während unseres derzeitigen Winters Tag für Tag eine, zwei Stunden zu Fuss im Regen und durch den Schlamm. Ich dachte bei mir: Diese jungen Leute sind weder HeldInnen noch Vorbild für irgendwas, sie sind einfach nur Ausgestossene. Ihnen wurde nicht der Zauberstab des *Marketings* überreicht (wie bilden jene europäischen Märchen aus unsere Kindheit bloss den westlichen Individualismus ab...!).

Die Hexenmeister des *Marketing* haben dieses *Idol* geschaffen, im rechten Augenblick haben sie es vor die Kameras gehoben, sie haben *ihm ihren Segen gegeben* und jetzt wird es überschüttet mit Platten- und Werbeverträgen, die fantastische Gewinne für grosse transnationale Unternehmen versprechen.

Es ist die Religion des Profits und die ist vereinbar damit, einen Rosenkranz zu tragen und wie ein Katechist zu reden.

Dieses staatstragende Ereignis, das uns in den ersten Oktobertagen überschwemmte, ist eine Routine-

übung der Propagandainstrumente. Sie erschaffen und erheben *Götter*, sie segnen sie und sie beuten sie aus. Oder besser gesagt, sie geben vor, uns alle auszubeuten, die wir uns in MassenkonsumentInnen der Produkte verwandeln, die die grossen Firmen anbieten.

Das ist in der kommerziellen Werbung bis zu einem bestimmten Grad verständlich. Doch es ist von Tag zu Tag weniger zu ertragen, dass die Informationsmedien die Nachrichten nach dem Diktat der *Marketing-Hexenmeister* liefern.

Als wir vor geraumer Zeit von der Presse als *vierter Macht* sprachen, verstanden wir darunter, dass die Organe der öffentlichen Meinung in einer Demokratie die möglichen Machenschaften der drei Staatsmächte kontrollieren könnten. Wir glaubten, dass die Informationsmedien dazu dienten, Nachrichten und Meinungen an die Bevölkerung zu verkaufen. Aber mehr und mehr stellt sich heraus, dass das Geschäft eher darin besteht BürgerInnen als KonsumentInnen just an diejenigen zu verkaufen, die die Werbung schalten. „Wir werden verkauft“, so drückt es Ignacio Ramonet aus. (Spanischer Journalist, Direktor der in Paris erscheinenden Monatszeitung für internationale Politik *Le Monde diplomatique* und Mitgründer des Weltsozialforums, die Red.)

Die ehrenvolle Informationsarbeit wird jedes Mal mehr zu einer beflissenen Dienerin der grossen Unternehmensgesellschaften, die *Massen* von KäuferInnen brauchen. Die Medienunternehmen sind daran auch interessiert, denn, „je mehr KonsumentInnen wir sind, desto teurer werden sie die Werbesekunden verkaufen“, fügt Ramonet hinzu.

Um die Aufmerksamkeit der Massen zu gewinnen, müssen simple Lockreize ausgesendet, Urgefühle angeregt werden. Es muss vermieden werden, dass sich die Leute in Risiken und Reflektionen verfangen. Zum Verderben der wahren Demokratie schleift das die Presse und die MeinungsmacherInnen in eine üble Richtung. Die so genannte *öffentliche*

Meinung ist auf dem Weg die Summe von Ur-Reaktionen zu sein, die jedes Mal mehr von transnationalen Mächten eiskalt manipuliert werden.

* * *

Unsere zwei Präsidentschaftskandidaten versuchen derweil, die gleichen Künste anzuwenden: Dass die Leute sich bloss nicht erinnern, dass die Leute bloss nicht anfangen Schlüsse zu ziehen, dass sie ja keine Fragen stellen und ja nicht anfangen zu denken. Im Gegenzug der Lärm der simplen Wahllieder und das Bild der *caudillo*-Führer, die – dieses Mal ganz sicher – den Wandel herbeiführen werden (aber welchen?).

Knapp drei Wochen vor der zweiten Wahlrunde scheint es offensichtlich, dass der Kandidat der *Patriotischen Partei* mit noch mehr Verwegenheit und Aggression diese Technik anwendet, um die Urgefühle der Leute zu erregen (wie oft hab ich mich in diesen Momenten ertappt, dass ich dabei an Hitler dachte: an diese spektakuläre Eskalation, die ihn an die Macht gebracht hat.) Es ist zu befürchten, dass der General der *Patriotischen Partei* mit seinem Diskurs und seinem faschistoiden orange-farbenen Image (schade, meine Lieblingsfarbe) erreicht, was er will.

Unterdessen schaut sie euch an, wie sie sich gegenseitig an den Hals gehen. Wer es erträgt, lese die schmutzigen Kampagnen, die von beiden Parteien im Internet geführt werden: Machismo, Sexismus, Rassismus, Klassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hass sind die *hohen Werte*, die unsere nächsten Regierenden vor ihrem Volk ausbreiten. Die gegenseitigen Beschuldigungen sind unerträglich, aber, was noch schlimmer ist, wir wissen, dass sie mehr als eine Wahrheit enthalten (Genozid, Drogenhandel, organisiertes Verbrechen, Verbrechen gegen den öffentlichen Haushalt...).

Wenn es stimmt, dass ein Volk diejenigen Regierenden hat, die es verdient, dann bleibt uns nur noch, wie ein lokaler Kommentator in einem anderen Zusammenhang sagte, mit Gelächter zu heulen.